

Ä6 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Johannes Hunger, Sebastian Hansen, Mathilda Oechslein, Arian Kunze, Kai Frescher, Marvin Bauersfeld, Alexander Eichel, Anna Gmeiner, Jonas Turber, Florian Wunderle, Hannes Rosenitsch, Mia Morell, Eva Boyks, Anna Kock, Jannis Decker

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 37 bis 55:

Die komplexe Wurzel des Problems - Rechtes Gedankengut aus den Köpfen bekommen

~~Keine Abkürzungen – den Nährboden trockenlegen~~

~~Es gibt verschiedene Gründe, warum Menschen rechts wählen. Doch dass Menschen sich ihre Stromrechnung und ihren Wocheneinkauf nicht mehr leisten können, macht sie empfänglich für vermeintlich einfache Lösungen von rechts. Es braucht effizienten Antifaschismus, der die Nöte der Menschen nicht ignoriert.~~

~~Im Kapitalismus werden Menschen nach Nützlichkeit bewertet, ausgebeutet und stehen in ständiger Konkurrenz zueinander. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Während die einen mit Privatjets durch die Welt düsen und sich auf ihren Superyachten sonnen, lebt der Großteil mit zu niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und in gesellschaftlicher Ausgrenzung durch Armut. Auch wer eigentlich gut versorgt ist, spürt den Druck im Ringen nach Sicherheit – denn auch wer gerade nicht in Armut lebt, ist ständig von Abstiegsangst bedroht.~~

~~Rechte Erzählungen greifen die Unsicherheiten der Menschen auf und verwandeln sie in menschenverachtende Überzeugungen. Der Konkurrenzdruck wird zu einem Treten nach unten: Die Geflüchteten würden Wohnungen, Jobs oder Sozialleistungen wegnehmen, Feminist*innen seien verantwortlich für die Einsamkeit der Männer, Linke würden nicht arbeiten, aber "Deutschland zerstören".~~

Aufbauend auf diesem Verlust von Vertrauen in staatliche Strukturen und somit staatliche Institutionen können Populismus und Verschwörungserzählungen sehr erfolgreich sein, insbesondere in Kombination mit dem Gefühl persönlicher Zurücksetzung, das oft aus einer prekären wirtschaftlichen Lage der Betroffenen erwächst.

Dass Menschen sich ihre Stromrechnung und ihren Wocheneinkauf nicht mehr leisten können, macht sie empfänglich für vermeintlich einfache Lösungen von rechts.

Gleichzeitig gibt es aber auch wichtige kulturelle Gründe für die Neigung zu extrem rechten Parteien. Ein besonders zentrales Motiv, das zeigen empirische Untersuchungen sehr deutlich, ist die Ablehnung von Migration, die eng mit rassistischen Vorurteilen verknüpft ist. Gerade bei jüngeren Männern spielt auch Antifeminismus, auch in Verbindung mit Rassismus, eine erhebliche Rolle. Solche Einstellungen werden insbesondere in den sozialen Medien verbreitet und tragen zu guten Wahlergebnissen der AfD in dieser Zielgruppe bei.

Darüber hinaus ist vor allem während der Corona-Pandemie ein großes Milieu entstanden, das Verschwörungserzählungen anhängt, kaum bis gar nicht mehr mit rationalen Argumenten erreichbar ist und zum Teil vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckt. Diese Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen, ist unabhängig von allen anderen Bemühungen und Strukturveränderungen enorm schwierig.

Im Kapitalismus werden Menschen nach ihrer Leistung bewertet, ausgebeutet und stehen in ständiger Konkurrenz zueinander. Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich kontinuierlich. Rechtsextreme Kräfte nutzen diese Ungleichheit aus und spielen die finanziell Schwächsten gegeneinander aus, indem sie auf berechnete Existenzängste und mangelnde Bildung zurückgreifen. Auch rechte Parteien bedienen sich dieser populistischen Taktik, die nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch menschenverachtend ist. Die Tragweite dessen wird besonders in der Debatte um die Kürzung des Bürgergeldes deutlich.

Vom Neoliberalismus zum libertären Autoritarismus

Viele Menschen sind im Glauben an die Leistungsgesellschaft aufgewachsen und dem impliziten Gesellschaftsvertrag der Wohlstand für alle verspricht, die sich nur genug anstrengen. Dieses Versprechen der neoliberalen Leistungsgesellschaft war schon immer eine Lüge und die Brüche werden immer offensichtlicher in Zeiten der Polykrise.

Bei Menschen, die eigentlich damit gerechnet haben, durch ihre Konformität mit dem neoliberalen Leitbild abgesichert zu sein und jetzt in ihren Ansprüchen frustriert sind, entsteht eine Mischung aus Demütigung und Aggressionsbereitschaft. Diese aggressiven Energien, die von Kränkungen und Frustrationserfahrungen kommen, wenden sich bei vielen allerdings nicht direkt gegen neoliberale Gesellschaft, da die Identifikation mit entsprechenden Leitbildern und die Angst vor Beschämung zu groß sind.

Als Ersatzobjekte der Aggression und Ablehnung dienen Politiker*innen, gesellschaftliche Institutionen, die Demokratie als Ganzes. Zum anderen entlädt sich der Frust auf als »fremd« markierte Gruppen, beispielsweise Geflüchtete, insbesondere auf Minderheitengruppen wie wohnungslose oder langzeitarbeitslose Personen, die vermeintlich den Normen der neoliberalen Erfolgs- und Leistungsgesellschaft nicht entsprechen. Diese Gruppe der sogenannten entsichert Marktförmigen hat ein hohes Protest- und Gewaltpotenzial, treibt einen libertären Autoritarismus voran und wählt zu einem großen Teil AfD.

Es ist unabdingbar, dass wir uns als Gesellschaft vom neoliberalen Märchenschloss der Erfolgs- und Leistungsgesellschaft verabschieden und aufhören, diese nicht haltbaren Versprechen in die Köpfe der Menschen zu hämmern. Das absehbare, aber immer verschwiegene Scheitern des Versprechens "Wer nur hart genug arbeitet, wird es besser haben" hat zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt.

Rechte Erzählungen greifen all diese Unsicherheiten und Vorurteile der Menschen sowie die weit verbreiteten Verschwörungsmythen auf und verwandeln sie in menschenverachtende Überzeugungen, die oftmals in Gewalttaten enden.

Von Zeile 57 bis 72:

Vertrauensverlust in demokratische Parteien dort besonders groß ist, wo die finanzielle Lage der Menschen schlecht und die Gemeinschaft geschwächt ist. Paradoxerweise steht der Sozialstaat trotzdem derzeit auch seitens der Bevölkerung massiv unter Druck. Fast 2/3 der Menschen und ein Großteil der AfD-Wähler*innen wünschen sich Einsparungen beim Bürgergeld bzw. beim Sozialstaat. Im Vergleich zu Untersuchungen zu Beginn der 10er-Jahre hat sich das Verhältnis in Bezug auf die Gesamtheit der Wähler*innen quasi umgedreht. Der Angriff erfolgt dabei einerseits aus neoliberalen Motiven, andererseits – insbesondere im Fall der AfD-Wähler*innen – aufgrund des der extrem rechten Ideologie inhärenten Sozialdarwinismus. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar: ~~Der fehlende politische Wille~~ Wir müssen den Sozialstaat gegen diese Angriffe verteidigen und für eine Sozialpolitik sorgen, die alle absichert und von oben nach unten umverteilt ~~ist das Problem und~~. Gleichzeitig kämpfen wir für bessere Löhne, damit die Menschen von ihrer Arbeit auskömmlich leben können. So

entziehen wir der Grundsozialen Unsicherheit der Menschen die Grundlage. In unserem Kampf für das Erstarken rechter Kräfte den Sozialstaat bedenken wir, dass er mit Aufklärung und politischer Bildung einhergehen muss, die den Sozialstaat entdämonisiert.

Deshalb sagen wir: Antifaschismus bedeutet nicht nur, Rechte Demos zu blocken, für mehr Demokratiebildung einzustehen, ein AfD-Verbot zu prüfen oder rechten Parolen zu widersprechen, Antifaschismus bedeutet auch, für bessere soziale Politik einzustehen. Wir brauchen spätestens jetzt gute Löhne und Renten, bezahlbares Wohnen, günstige Mobilität und ein sanktionsfreies Bürgergeld, dass über dem Existenzminimum liegt. Wenn wir Menschen ein gutes Leben geben anstatt rechten Positionen hinterherzulaufen, können wir diese menschenfeindliche Politik gemeinsam bekämpfen. Erst wenn Solidarität wieder erlebbar wird und wir junge Menschen dazu befähigen,

Veränderung selbst in die Hand zu nehmen, können wir dem Rechtsruck langfristig etwas entgegensetzen – denn Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

Auch wir als GRÜNE JUGEND Bayern müssen unsere Art und Weise, linke Basisarbeit zu betreiben, hinterfragen. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, Grundlagen der Systemkritik zu vermitteln und immer nur den gleichen, eher privilegierten Personenkreis anzusprechen. Die GRÜNE JUGEND Bayern gibt ihren Mitgliedern konkrete Werkzeuge an die Hand, damit sie vor Ort den sozial Schwachen und Diskriminierten zuhören und bei ihren Problemen helfen können. Nur so können wir breite Unterstützung für einen starken Sozialstaat organisieren!

Wenn wir Menschen ein gutes Leben geben anstatt rechten Positionen hinterherzulaufen, können wir diese menschenfeindliche Politik gemeinsam bekämpfen.

Begründung

Der Antrag wurde überarbeitet, da der ursprüngliche Antrag an vielen Stellen zu wenig differenziert, zu wenig ausführlich und analytisch zu wenig tiefgehend und teilweise verkürzt war. Zudem wurden an einigen Stellen konkrete Forderungen ergänzt. Klar ist für uns, dass das Erstarken der extremen Rechten in den letzten Jahren keineswegs nur monokausal materialistisch erklärt werden kann, sondern dass es hierfür auch erhebliche kulturelle Gründe gibt. Diese Strategie der "kulturellen Hegemonie" wird von der extremen Rechten selbst propagiert, weswegen sie in unserer Analyse berücksichtigt werden muss und wir Gegenstrategien entwickeln müssen. Es wurde ein Part zu Social-Media ergänzt, um dieses Problem zu adressieren. Das gleiche gilt für die politische Bildung, zu der entsprechend ein Absatz eingefügt wurde.

Neu hochgeladen wegen sinnveränderndem Wortdreher.